

Auf der Suche nach der verlorenen Glaubwürdigkeit

GEMEINDEFINANZEN Das Finanzdebakel von Leukerbad hat in vielen Gemeinden Spuren hinterlassen. Die Glaubwürdigkeit bei den Kreditgebern soll durch einen Schuldenabbau und unpopuläre Massnahmen wieder hergestellt werden.

RETO SCHLATTER

Mit 39 Mrd Fr. hat der Schuldenberg der Gemeinden in der Schweiz im letzten Jahr einen Rekordstand erreicht (siehe Grafik). Das Problem der Verschuldung ist aber nicht aufgrund dieser misslichen Lage zu einem Politikum geworden. Erst die Vorkommnisse rund um die Walliser Gemeinde Leukerbad liessen dem Thema die nötige Breitenwirkung zukommen. Denn das Vertrauen der Kapitalgeber in die Gemeinden wurde in nachhaltiger Weise erschüttert. Quasi über Nacht sind die Gemeinden zum ökonomischen Risiko geworden. Orientierungslosigkeit hat sich sowohl auf Seite der Gemeinden wie auch auf Seiten der Kapitalgeber breit gemacht.

Diese Veränderung haben die Finanzverwalter der 2900 Schweizer Gemeinden hautnah zu spüren bekommen. In einer breit angelegten Umfrage der Universität St.Gallen (siehe Kasten) äusserten sie sich erstmals über ihre Sorgen und Nöte in einem veränderten Umfeld. Dabei sind teils erstaunliche Dinge zu Tage getreten.

Ein überwiegender Teil der Finanzverwalter (64%) zählt die eigene Gemeinde zu den ärmeren innerhalb des jeweiligen Kantons. Deshalb steht für sie der Schuldenabbau an oberster Stelle – zusammen mit klaren politischen Vorgaben im Finanzbereich. 13% der befragten Gemeinden gaben an, dass sie eine Nettoverschuldung von über 5000 Fr. pro Kopf aufweisen. Diese Zahl gilt gemäss den kantonalen Aufsichtsstellen als «sehr hoch». Zum Vergleich: Gemäss «Bilanz» steht Leukerbad mit einer Nettoschuld von 41 625 Fr. pro Kopf in der Kreide.

STEUERFUSS AM LIMIT

Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, dass viele Gemeinden mit dem Abbau ihrer Schulden bereits begonnen haben. Dies äussert sich darin, dass gemäss den Budgets für dieses Jahr der kolossale Schuldenberg auf Gemeindeebene leicht schrumpfen sollte.

Bei den Steuern scheint aus Sicht der Finanzverwalter die Schmerzgrenze erreicht. Jeder Vierte ist der Ansicht, dass die Steuerkraft bereits überdurchschnittlich abgeschöpft wird. Eine Erhöhung des Steuerfusses ist dementsprechend politisch kaum durchsetzbar.

Einzelne Finanzverwalter sparten in der Umfrage nicht mit Kritik an der Politik. «Sparen könnte man, aber man will es nicht», kommentierte einer. Ein anderer warf den Politikern vor, dass sie vielfach nach Wieder-

wahl- und nicht nach Finanzkriterien urteilen würden. Ein Dritter meinte schliesslich: «Unpopuläre Entscheidungen müssen getroffen werden, damit die Finanzen wieder ins Lot kommen.» Nur so liesse sich die Glaubwürdigkeit vieler Gemeinden wieder herstellen.

In ihrer eigenen Rechnungslegung orientieren sich die Finanzverwalter grösstenteils nach den branchenüblichen Kennzahlen. Diese stammen von der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen und beinhalten Werte wie Selbstfinanzierungsgrad, Kapitaldienstzeit und Nettoschuld.

BELIEBTE RATINGS

Zunehmender Beliebtheit erfreuen sich auch so genannte Gemeinde-Ratings. Dabei wird eine Kommune von einer ausserstehenden Stelle auf Herz und Nieren geprüft und nach einheitlichen Kriterien bewertet. Beinahe jede dritte Gemeinde stützt sich beim Vergleich mit andern Gemeinden auf eine solche Erhebung ab. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass solche Ratings die Glaubwürdigkeit

der Gemeinden bei den Kreditgebern erhöhen. Gemäss einer Umfrage der Rating-Agentur ComRating bei ihren Kunden waren zwei Drittel der bewerteten Gemeinden bei den Banken nach dem Rating besser akzeptiert als zuvor. 91% gaben gar an, dass es ihnen nach dem Rating leichter fiel, benötigtes Kapital aufzunehmen.

Eine Knacknuss für die Finanzverwalter stellen offenbar die Buchprüfer dar. Die privaten Revisionsgesellschaften erhalten jedenfalls bessere Noten als die Geschäftsprüfungs- und Rechnungsprüfungskommissionen, die naturgemäss als Milizler nicht auf der gleichen fachlichen Höhe sind wie die Profis. Einzelne Finanzverwalter stellen gar das Milizsystem in Frage und zweifeln, ob bei Rechnungsprüfung und Revision die fachlichen Qualifikationen der Kommissionsmitglieder ausreichend seien. Allerdings lässt schon heute mehr als die Hälfte der Gemeinden ihre Rechnung von privaten Gesellschaften prüfen.

Fragezeichen gesetzt werden auch hinter das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM),

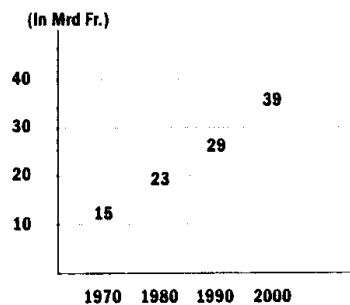
welches in 85% der Gemeinden angewendet wird und aus den 70er Jahren stammt. Das HRM unterscheidet zwischen Verwaltungsvermögen (Bauten, Strassen usw.) und Finanzvermögen und hat deshalb mit einer eigentlichen Bilanz nicht viel gemein. 90% der Befragten sind der Meinung, dass das HRM reformbedürftig ist und im Zuge der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) angepasst werden sollte.

MEHR SACHKENNTNIS NÖTIG

Bei der Kapitalaufnahme zeigt sich aus der Sicht der Finanzverwalter ein Überhang an Politik. Alle wollen tiefe Kosten und maximale Rendite bei grösstmöglicher Sicherheit. Als Kapitalgeber stehen die Kantonalbanken zuoberst in der Gunst der Gemeinden. Ausländische Banken werden dagegen nur selten angegangen.

Zu guter Letzt erhoffen sich die Finanzverwalter einen stärkeren Einbezug in die Entscheidungsfindung innerhalb ihrer Gemeinde. Zwischen Alltag und wünschbarem Zustand klaffen offenbar grosse Unterschiede. Nur jeder dritte Finanzverwalter fühlt sich innerhalb der Gemeindeverwaltung voll unterstützt. Andererseits beklagt sich eine überwältigende Mehrheit über den Mangel an sachlichen Konfliktlösungen.

DIE SCHULDEN DER GEMEINDEN



QUELLE: UEG FINANZVERWALTUNG